

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers...
Verantwortlich: ...
Redaktion: ...

Veröffentlichung des Anzeigers...
Verantwortlich: ...
Redaktion: ...

Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 104

Mittwoch, den 6. Mai 1931

26. Jahrgang

Ohne Vertrauen kein Wiederaufbau

Und darum Abrüstung! — Ein Vorkopf Hoovers

Washington, 4. Mai. Durch den Präsidenten der amerikanischen Sektion der Internationalen Handelskammer, Elias Strawn, wurde heute der sechste Kongress der Internationalen Handelskammer eröffnet, der von über 30 Ländern mit rund 1000 Delegierten, darunter 40 deutsche Vertreter, besucht ist.

In seiner Begrüßungsansprache erklärte Präsident Hoover, daß selbst die Vereinigten Staaten durch die Weltkrise in eine schwere Depression gebracht worden seien, an der der Weltkrieg mit seinen Fortschritten und den darauffolgenden Steuerlasten, den sozialen und politischen Unruhen die Schuld trage. Zum Wiederaufbau sei Vertrauen nötig, das nur durch Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen erreicht werden könne. (Und auch der Tribute! D. Red.) Die Welt gebe fünf Milliarden Dollar jährlich für Rüstungen aus, 70 Prozent mehr als vor dem Weltkrieg. 5 1/2 Millionen Mann ständen unter den Waffen und weitere 20 Millionen in Reserve, obwohl 12 Jahre seit dem Waffenstillstand vergangen seien und alle Länder im Kellogg-Pakt auf den Krieg verzichtet hätten. Diese Rüstungen seien eine Verschwendung ungeheurer Teile des Nationalvermögens, und nichts sei wichtiger, als daß die Genfer Abrüstungskonferenz von Erfolg gekrönt werde. Amerika sei an dieser Konferenz wegen ihrer indirekten Auswirkungen auf Frieden, Vertrauen und die Wiederkehr wirtschaftlich gesunder Verhältnisse erheblich interessiert. Die Mitglieder der Internationalen Handelskammer sollten

auf mutige und ehrliche Inangriffnahme dieses Problems bestehen.

Der frühere belgische Ministerpräsident Theunis gab einen eingehenden Bericht über die Weltwirtschaftslage. Nach seiner Auffassung ist der größte Teil der Depressionsperiode vorüber, und die Welt tritt in eine Periode ruhigeren Geschäftes als einer Vorstufe zur Erholung ein. Der Mangel an wirtschaftlichem Verständnis zwischen den Nationen sei eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Die Welt müsse sich klar werden, daß sie wirtschaftlich eine Einheit sei. Zu der amerikanischen These hoher Löhne erklärte Theunis, daß die Konsumtheorie, die von den besserbezahlten Arbeitnehmern erhöhten Absatz erhoffe, meist zur Ueberproduktion führe, zur künstlichen Steigerung der Lebenshaltung, und dadurch wieder zu hohen Schutzlöhnen. Die Ueberproduktion stelle nicht eine Vermehrung des Volkseinkommens, sondern eine Vergeudung von Kapital und Material dar.

Berlin, 4. Mai. Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, hat der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer am Sonntag Franz v. Wendelssohn zum neuen Präsidenten der Kammer gewählt. Die Vollversammlung müsse jedoch diese Wahl am Sonnabend, dem letzten Verhandlungstage, noch gutheißen. Mit Wendelssohn würde zum ersten Mal ein Deutscher Präsident der Internationalen Handelskammer werden.

Verstärkter Kampf gegen den Mädchenhandel

Jahrestagung der Völkerverbandskommission in Genf

In Genf findet in diesen Tagen die Jahrestagung der Völkerverbandskommission für die Bekämpfung des Mädchenhandels statt. Auch die letzten Nachforschungen der Kommission in Wien ergaben wiederum, daß trotz aller Ablehnungen der Mädchenhandel nach wie vor in Blüte steht. Die bisherigen internationalen Bestimmungen zur Bekämpfung des Mädchenhandels haben sich durchaus als unzureichend erwiesen.

Nach Feststellungen der Völkerverbandskommission führt der wichtigste Handelsweg der Mädchenhändler von Europa nach Süd- und Mittelamerika. Auf jedem der hier verkehrenden Schiffe befinden sich mindestens zwei oder drei Frauen oder Mädchen, die von ihrem Begleiter verpackt werden sollen. Einzelne Händler schifften bis zwölfmal im Jahr zwischen den Kontinenten hin und her. Besonders günstige Abfahrtsorte sind Montevideo und Buenos Aires. In der letzteren Stadt gibt es ein Vergnügungslokal, das von der Halbwelt der „Markt“ genannt hier befinden sich dauernd 100 bis 200 Europäerinnen, die für Vergnügungslokale und öffentliche Häuser bestimmt sind.

Andere Handelswege laufen von Osteuropa zu den Mittelmeerhäfen. Hier erfolgt die Verladung nach Ägypten, Indien und Nordafrika. Eine weitere Linie führt von Ägypten nach Bombay in Indien. Die meisten Mädchen sind aber das Schicksal, das ihnen bevorsteht, obwohl sie es vielfach dunkel ahnen, doch nicht völlig im Klaren. Aber lockende Versprechungen und Not treiben ihren Widerstand. Die Händler schildern ihnen das Leben im Süden in den sonnigsten Farben. Sie versprechen ihnen ihre „Freundschaft“ und sogar die Ehe. Ist aber ein Mädchen erst einmal unterwegs, so ist es fast ohne Ausnahme ihrem Begleiter verfallen und einem traurigen Schicksal ausgeliefert.

Besteht die Verpflichtung von Tänzern für angelegte Varieties, die sich dann sehr bald als öffentliche Häuser entpuppen. Hier wird der Vertrag zunächst eingehalten und die hohe Gage auch ausgezahlt. Ruft dann aber der Kontrakt ab, dann wird plötzlich das Gehalt so stark gekürzt, daß die Mädchen sich nicht mehr davon ernähren können und bald ihrem Brotgeber völlig ausgeliefert sind.

Von der Völkerverbandskommission werden für die Bekämpfung des Mädchenhandels vor allem zwei Vorschläge gemacht. Einmal soll die Altersgrenze weggelassen, die nur den Minderjährigen staatlichen Schutz zusichert. Dann soll die Judikatur in jeder auch noch so verdeckten Form unter Strafe gestellt werden. Man verspricht sich von dieser Verschärfung der bisher bestehenden Bestimmungen zwar nicht das völlige Erlöschen des Mädchenhandels, hofft aber doch seine größten Auswüchse zu beseitigen.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Reichsregierung

Keine Einsetzung eines „Dreimännerkollegiums“

Berlin, 4. Mai. Ein Berliner Monatsblatt wollte wissen, daß vom Reichskabinett ein Dreimännerkollegium eingesetzt worden sei, das die nächsten Entscheidungen der Regierung vorzubereiten habe. Wie wir erfahren, ist jedoch kein derartiger Beschluß gefaßt worden. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Reichsfinanzminister, der Finanz- und der Arbeitsminister an den aktuellen Aufgaben besonders interessiert sind, und so ergibt sich von selbst eine enge Zusammenarbeit zwischen diesen Stellen. Man braucht nur daran zu erinnern, daß es diese drei Minister waren, die sich während der Weimarer- und Weimarerperiode in Freiburg zu der bekanntesten Besprechung getroffen hatten, um die damals drängenden Fragen zu erörtern. Ihre Zusammenkünfte sind also nicht erst jetzt gestört bedingt. Auch jetzt wieder stehen die Finanz- und sozialpolitischen Fragen im Vordergrund. Die Besprechungen drehen sich in erster Linie um die Dedung des Haushalts im Reichshaushalt und um die Sanierung und Sicherung der Arbeitslosenfürsorge, der Reichsrentenversicherung usw. Wie in politischen Kreisen verläuft, hat der Reichsfinanzminister bereits eine Reihe von Spar- und Deckungsmaßnahmen ausgearbeitet und anderen beteiligten Stellen zur Prüfung vorgelegt. Die endgültige Entscheidung dürfte jedoch erst fallen, wenn das Kabinett sich über die grundsätzliche Richtung entschieden hat, nach denen keine Politik jetzt weitergeführt werden muß. Wie man weiß, haben die einzelnen Minister bei der Wiederaufnahme der Kabinettsarbeiten nach der Osterpause zunächst darüber berichtet, wie sich die Lage auf ihrem Spezialgebiet inzwischen entwickelt hat. Es ist nur logisch, daß das Kabinett prüft, ob diese Entwicklung Veranlassung gibt, grundsätzliche Entscheidungen zu treffen. Das heißt es j. B. auf die Frage, ob die Sozialpolitik fortgesetzt oder nun zum Schluß gebracht werden soll, um organisch von anderen Maßnahmen abgeleitet zu werden, die geeignet sind, eine Belebung der Wirtschaft herbeizuführen. Erst wenn über solche grundsätzliche Fragen Klarheit geschaffen ist, wird sich bestimmen lassen, in welcher Art die Dedung zu erfolgen hat, da sie sich natürlich in den großen Rahmen der Kabinettspolitik einfügen muß. In politischen Kreisen nimmt man an, daß diese Klärung verhältnismäßig bald herbeigeführt wird, zumal Reichsfinanzminister Dietrich durch seine bisherige zielbewusste Politik bewiesen hat, daß er mit aller Energie bemüht ist, die Ordnung der Reichsfinanzen zu sichern.

Stürmische Sitzdebatte im Thüringer Landtag

Weimar, 4. Mai. Der Landtag von Thüringen genehmigte am Montag mit 19 Stimmen der Deutschen Volkspartei, Wirtschaftspartei, Landvolkpartei und Deutschen Staatspartei gegen neun Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten bei Enthaltung der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen die Verteilung der Amtsgeschäfte der einzelnen Ministerien. Danach erhielten wie vorgesehen Staatsminister Baum die Finanzen und Wirtschaft, Staatsminister Dr. Rastner das Innere, die Volksbildung und Justiz. In der darauf begonnenen Einzelberatung zum Haushaltsplan kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen, wobei die beiden nationalsozialistischen Abgeordneten Papenbrock und Ludwig aus dem Saal geworfen wurden. Bemerkenswert war die kurz umrissene Stellung der Sozialdemokraten zur jetzigen Regierung. Sie wollen ihre Haltung vom Gang der Einzelberatung abhängig machen, aber ihre Staatspolitik ohne Agitationsanträge führen, die nur dazu geeignet seien, die Arbeiterchaft in die Irre zu führen.

Die Unruhen in der spanischen Legion

Streifenkämpfe in Tetuan

London, 5. Mai. Ein Bericht aus Tetuan in Marokko gibt Einzelheiten über den Zusammenstoß zwischen spanischer Infanterie und royalistischen Soldaten der spanischen Fremdenlegion. Legionäre hatten eine Kundgebung veranstaltet, wurden aber von den Infanteristen überfallen. Als die Nachricht im Hauptquartier der Fremdenlegion eintraf, bemühten sich die Soldaten ihrer Offiziere und hielten die britische Flagge. Der Oberkommandant, General Sanjurjo, entsandte ein Regiment eingeborener Truppen mit drei Kompanien Infanterie von Ceuta nach dem Hauptquartier, das umzingelt wurde. Am Sonntag vormittag ergaben sich die Legionäre.

Diese Ereignisse haben auf die Eingeborenen der Stadt Tetuan eingewirkt, wo es gestern zum Generalstreik kam. Ungefähr 3000 Personen veranstalteten eine Kundgebung und verlangten, daß spanische und eingeborene Arbeiter gleichberechtigt sein sollten, daß der achtstündige Arbeitstag eingeführt werde, daß die arbeitslosen Eingeborenen Arbeit erhalten sollten und daß der Sonntag als Ruhetag durch den Freitag ersetzt werde. Auch wurde die Naturalisierung marokkanischer Juden gefordert. General Sanjurjo empfing eine Abordnung von 20 Personen, schickte sie aber wieder fort, bevor sie ihre Vorstellungen beenden konnte. Hierauf wurden die Fenster des Regierungsgeländes eingeworfen und europäische Häden geplündert. Eingeborene Kavallerie versuchte, mit gegengemessenem Sattel die Menge zu zerstreuen. Da dies nicht gelang, wurde Infanterie und eine Maschinengewehrtruppe herangezogen und das Feuer eröffnet. Gestern um 18 Uhr wurde noch in den Straßen gekämpft.

Freiwilliger Arbeitsdienst?

Berlin, 5. Mai. In der Ankündigung des Reichsministers Trebrianus, daß Besprechungen mit den Wehrverbänden über den freiwilligen Arbeitsdienst bevorstünden, berichteten die Blätter, daß eine entsprechende Einladung in der vorigen Woche in einer Besprechung der Reichsministeren bewilligt

Der neue spanische Botschafter in Berlin

Madrid, 5. Mai. Der Ministerrat hat Professor Americo Castro zum spanischen Botschafter in Berlin ernannt.

Brotpreiserhöhung in Berlin

Berlin, 4. Mai. Der Zweckerband der Bäckermeister Groß-Berlins hat den 50-Pfg.-Brotpreis ab heute früh eingeführt.

Berlin, 4. Mai. Die neuerliche Erhöhung des Brotpreises in Berlin auf 50 Pfg. hat im Reichsernährungsministerium sehr überrascht. Sie ist, wie wir aus Kreisen des Reichsernährungsministeriums erfahren, um so unverständlicher, als die Höchstpreise seit der letzten Brotpreiserhöhung nicht weiter gestiegen sind. Die amtlichen Stellen stehen mit den beteiligten Gewerben in dauernden Verhandlungen, um einen Ausgleich der verschiedenen Interessen zu erreichen und weitere Erhöhungen zu vermeiden. Es ist selbstverständlich, daß die in der vergangenen Woche angefügten Maßnahmen (Wanderung des Brotgesetzes und teilweise Aufhebung des Weizengeldes) sich erst auswirken müssen, um für die Regelung der Preise praktisch wirksam zu werden.

England gegen eine Verschlebung der Abrüstungskonferenz

London, 4. Mai. Von amtlicher britischer Stelle wurde heute gegenüber den in der letzten Zeit auftretenden Gerüchten über die Möglichkeit einer Verschlebung der Abrüstungskonferenz betont, daß die britische Regierung gegen jede Verschlebung dieser Konferenz sei.

China hebt die fremde Gerichtsbarkeit auf

Peking, 4. Mai. Die Regierung hat soeben eine Verordnung erlassen, die das Dekret vom Dezember 1929 über die Aufhebung der fremden Gerichtsbarkeit ab 1. Januar 1932 schon jetzt in Kraft setzt und die Einzelheiten der neuen Gerichtsverfassung regelt. Dazu erklärt der Außenminister, die Regierung behaupte, daß sie sich durch die Unnachgiebigkeit einzelner Mächte in der Frage der Territorialität gezwungen sehe, diesen Weg einzuschlagen, der dazu dienen solle, die Hauptursache von Mißverständnissen zwischen China und den fremden Mächten zu beseitigen.